



## **Amtsgericht Brakel**

### **Beschluss**

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Donnerstag, 03.07.2025, 09:00 Uhr,  
Erdgeschoss, Sitzungssaal 1, Nieheimer Str. 17, 33034 Brakel**

folgender Grundbesitz:

**Grundbuch von Hembsen, Blatt 93,  
BV lfd. Nr. 1**

Gemarkung Hembsen, Flur 5, Flurstück 336/62, Gebäude- und Freifläche, Im Märsch 45, Größe: 1.000 m<sup>2</sup>

versteigert werden.

Laut Wertgutachten handelt es sich um ein Grundstück, das mit einem 1-geschossigen Einfamilienhaus bebaut ist. Das Haus ist voll unterkellert, das Dachgeschoss ist ausgebaut in Mauerwerksbauweise, tlw. mit Holzbalkendecken, tlw. massiv Satteldach, Baujahr 1935, Erweiterung um ca. 2/5 in 1962.

Es wurde in jüngerer Zeit ein weiterer Raum in Mauerwerksbauweise mit abgeschlepptem Pultdach an das Wohnhaus angebaut, vermutlich ohne Genehmigung; hier besteht noch Restfertigstellungsbedarf an der Fassade

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 12.04.2024 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

63.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.